



MdB Astrid Grotelüschen
Bürgerbüro
Lange Straße 62, 27804 Berne
astrid.grotelueschen.ma06@bundestag.de

01.09.2016

„Soziale Stadt“ bringt auch Fördermittel auf's Land!“

Schon seit 1999 stellen der Bund und die Länder mit dem Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ Mittel zur Verfügung, um das Wohnen lebenswerter zu gestalten und die Integration zu fördern. Ziel ist es, soziale Benachteiligungen abzubauen, indem bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfelds mit sozialen Angeboten kombiniert werden. Bislang wurden 715 Gesamtmaßnahmen in 418 Städten und Gemeinden in das Programm aufgenommen (Stand 31.12.2015).

Gestern hat nun das Bundeskabinett die Strategie Soziale Stadt „Nachbarschaften stärken, miteinander im Quartier“ beschlossen und die entsprechenden Fördermittel erhöht. „Ich freue mich besonders, wenn jetzt für meinen Wahlkreis Unterstützungsprogramme erweitert und diese dann auch besser auf die Bedürfnisse vor Ort angepasst werden können“, so Astrid Grotelüschen.

Die Bundestagsabgeordnete für Delmenhorst - Wesermarsch - Oldenburg-Land berichtet, dass in den kommenden vier Jahren zusätzliche 1,2 Milliarden Euro an die Kommunen fließen, um damit z.B. dringende Baumaßnahmen in Schulen, Kitas oder Stadtteilzentren zu finanzieren. Jährlich stehen 200 Millionen für einen neuen Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“ zur Verfügung, wobei der Schwerpunkt auf Gegenden mit besonderen sozialen Integrationsanforderungen liegt. Stadt- und Ortsteile könnten so endlich zielführender aufgewertet werden und soziale Projekte würden leichter zu unterstützen sein. Außerdem würde der Stadtumbau zusätzlich mit 50 Millionen gefördert, und auch ländliche Regionen könnten profitieren.

Grotelüschen: „Mit dieser ressortübergreifenden Strategie zur sozialen Stadt setzten wir einen wichtigen Punkt des Koalitionsvertrags um. Die Gelder müssen dahin, wo wir sie brauchen; das sind zum Beispiel soziale Brennpunkte. Da haben nicht nur die Menschen, die direkt dort leben etwas davon, sondern auch die unmittelbare Nachbarschaft. Mir geht es um den Zusammenhalt, deshalb werde ich mich weiter für mehr Generationengerechtigkeit und Familienfreundlichkeit - in der Stadt und auf dem Land - einsetzen!“

Astrid Grotelüschen betont, dass der Programmansatz weiterhin ein besonderes Augenmerk auf das vielfältige Engagement von Wohlfahrtsverbänden, Stiftungen, Unternehmen, Vereinen, Ehrenamt und Freiwilligendiensten legt. Förderanträge können die Kommunen bei den für die Städtebauförderung zuständigen Landesministerien stellen: <http://www.ms.niedersachsen.de>

Pressemitteilung